

Laptops und Lüften

Die Pandemie hat die Stärken und Schwächen unseres Schulsystems eindrücklich offengelegt

Von Anja Karliczek



Die Situation an unseren Schulen ist seit Jahren ein Diskussionsthema in unserem Land. Gerade in den vergangenen Monaten, in denen wegen der Corona-Pandemie von Mitte März bis Ende April gar kein Präsenzunterricht und danach bis in den Sommer nur sehr eingeschränkt stattfand, wurde noch einmal mehr über die Lage für die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und die Lehrkräfte gesprochen.

Auch jetzt in den ersten Tagen des Teillockdowns beobachten wir nach wie vor gespannt, wie sich die epidemiologische Lage speziell an den Schulen entwickelt. Dabei ist es absolut richtig, dass die Schulen – soweit es geht – offengehalten werden sollen. Das wird aber nur funktionieren, wenn es uns als Gesellschaft gelingt, die Pandemie im Griff zu behalten. Je mehr wir die Infektionszahlen in den nächsten Wochen senken können, desto eher wird der Unterrichtsbetrieb über den ganzen Winter nahezu stabil laufen können.

Die Zeit des Lockdowns im Frühjahr war dabei ein riesiger Belastungstest für unser Schulsystem. Natürlich konnte niemand den Ausbruch der Pandemie erahnen und für diesen Fall Vorkehrungen an den Schulen treffen. Diese Pandemie ist ein Jahrhundertereignis. Aber dennoch sind in den letzten Monaten ganz eindrücklich die Stärken und Schwächen unseres Schulsystems offengelegt worden. Wir haben überaus engagierte Lehrerinnen und Lehrer erlebt, die von einem Tag auf den anderen umschalten konnten, um den Kindern und Jugendlichen ein Lernen zu Hause zu ermöglichen. Aber natürlich kam es auch da sehr auf die Unterstützung der Eltern an.

Es wurde aber auch klar, dass die deutschen Schulen digital längst nicht da sind, wo wir es uns gewünscht hätten. Es fehlen Endgeräte, Server an den Schulen, Plattformen, von denen die Lerninhalte abgerufen werden können. Die Bilanz dieser Zeit fällt insgesamt durchwachsen aus. Unser Anspruch ist aber ein anderer. Das Niveau unserer Bildung ist entscheidend

für eine gute Zukunft unseres Landes. Deshalb wollen, nein, müssen wir an die Spitze. In vielen Bereichen sind wir das. In der Bildung, auch der digitalen, müssen wir noch stark zulegen. Durchschnitt kann nicht unser Anspruch sein.

An Geld für die Digitalisierung mangelt es derzeit nicht. Seit Mai 2019 stehen den Ländern über den DigitalPakt Schule fünf Milliarden Euro an Bundesmitteln zur Verfügung. Aber die Digitalisierung kam dennoch zunächst nicht recht voran. Das hatte viele Gründe. Sicherlich musste in vielen Schulen, aber auch in den Schulverwaltungen, das Bewusstsein für die Chancen geschärft werden, die die Digitalisierung bietet. Diese Möglichkeiten wurden nicht konsequent genug verfolgt. Das hat sich nach meiner festen Überzeugung nun durch die Pandemie aber grundsätzlich geändert. Und richtig ist auch, dass der DigitalPakt für alle Beteiligten Neuland war und entsprechende Strukturen für die Umsetzung erst aufgebaut werden mussten.

Die Digitalisierung steht mittlerweile überall ganz oben auf der Tagesordnung: in

den Schulen, bei den Schulträgern, in den Schulverwaltungen – und natürlich bei den Ländern. Der Abfluss der Mittel aus dem DigitalPakt hat sich zuletzt deutlich beschleunigt. Und auch der Bund hat seine Anstrengungen noch einmal kräftig ausgeweitet.

Wir investieren nun 500 Millionen Euro extra für ein Sofortausstattungsprogramm, damit Schulen Laptops an diejenigen Schülerinnen und Schüler ausleihen können, die zu Hause keine eigenen Endgeräte nutzen können. Und noch einmal 500 Millionen Euro zur Förderung von Administratoren, also Angestellten oder Firmen, die sich um die digitale Technik kümmern sollen. Mit weiteren 500 Millionen Euro wollen wir die Länder unterstützen, um Lehrerinnen und Lehrer mit Laptops auszustatten. Dort wird über die Verwaltungsvereinbarung noch gesprochen. So viel Geld hat der Bund noch nie in die Schulen investiert, obwohl es nicht seine Aufgabe ist.

Auch die Länder haben ihre finanziellen Anstrengungen erhöht. Sie kooperieren untereinander enger miteinander, zum Beispiel beim Aufbau von gemeinsamen

Lernplattformen. Auch die Kooperation der Länder mit dem Bund ist besser geworden. Wir ziehen jetzt viel mehr als noch am Anfang des Jahres an einem Strang, um das Beste für die Schulen zu erreichen.

Aber natürlich sind wir bei der Digitalisierung noch längst nicht am Ziel. Bestenfalls haben wir eine erste Etappe gemeistert. Der Aufbau der Infrastruktur muss weiter forciert werden. Die Schulen müssen flächendeckend ans Breitbandnetz. Und vor allem müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass Laptops, Smartboards und Server nicht per se bessere Bildung bedeuten. Wir reden derzeit nur über die Voraussetzungen für digitalen Unterricht, weniger darüber, was gute Bildung in heutiger Zeit ausmacht.



ANJA KARLICZEK
ist Bundesministerin für Bildung und Forschung

Darüber müssen wir einen breiten Dialog führen. Die Bildungsforschung ist dort gefragt, aber auch alle an Schule Interessierten. Sicher ist, dass Unterricht mit digitaler Unterstützung oder auch in rein digitaler Form dabei helfen kann, die Schülerinnen und Schüler besser individuell zu fördern. Gute digitale Lernprogramme können sich schon heute sehr gut an den persönlichen Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler anpassen und eine Unterstützung sein, diesen Schritt für Schritt zu verbessern.

Am Ende wird die Digitalisierung der Schulen nur eine Erfolgsgeschichte sein, wenn es gelingt, alle Beteiligten – vor allem natürlich die Lehrerinnen und Lehrer – dafür zu begeistern. Nach wie vor werden sie es sein, die unseren Kindern und Jugendlichen Fähigkeiten und Wissen vermitteln – auch das digitale Lernen. Dazu müssen sie aber befähigt werden. Und deshalb muss gerade jetzt jede Menge Kraft in die Lehreraus- und -weiterbildung mit Blick auf das digitale Lernen gesteckt werden. Auch hierzu bin ich mit den Ländern im Gespräch. Die Digitalisierung ist eine Aufgabe, die weit über die Pandemiezeit hinausreichen wird. Wir stehen am Anfang dieser notwendigen Entwicklung, nicht am Ende.

Die Digitalisierung der Schulen ist nur ein Aspekt auf dem Weg, ein noch höheres Ziel zu erreichen: Deutschland muss in der Schulbildung insgesamt besser werden. Das PISA-Ergebnis aus dem vergangenen Jahr war nicht zufriedenstellend. Deutschland war nur Mittelmaß. Außerdem hängt der Bildungserfolg bei uns nach wie vor stark von der sozialen Herkunft ab.

Wir lassen noch zu viel Potenzial ungenutzt. Jedes Kind und jeder Jugendliche hat Talente und Begeisterung. Beides müssen wir fördern. Wir müssen dieses Jahrzehnt zu einem Jahrzehnt von Bildung, Forschung und Innovation machen. Und das beginnt bei der Bildung schon in den Kindergärten und in den Schulen und muss sich auch im Berufsleben fortsetzen.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Gedämpft

Die aus der Antike herrührende Sentenz, was dem „Jupiter“ erlaubt sei, sei dem „Ochsen“ nicht erlaubt, gilt nicht mehr. Vor Corona sind alle gleich. Wehe dem „Jupiter“, sei es ein Regierungschef, sei es ein Parteivorsitzender, dem verbotenerweise die Mund-Nase-Maske verrutscht, in der Bahn etwa oder im Flugzeug! Stets kann ein selbst ernannter Aufklärer in der Nähe sein, der übers Smartphone den Boulevard mit Bildern versorgt. Der Denunziant im Kleide des Papparazzos? Vor allem jene, die beruflich auf Öffentlichkeit angewiesen sind, haben sich neuen Anforderungen politischer Korrektheit zu unterwerfen, was zu sprachlichen Verrenkungen und auch noch zu Neudefinitionen von Recht und Tradition führt: Sozial ist, wer Abstand wahrt. Vermummung bei öffentlichen Versammlungen ist nicht mehr strafbewehrt verboten, sondern wurde strafbewehrt zur Pflicht, ja, sogar zur Voraussetzung für deren Erlaubnis. Die Gegner des Vermummungsverbot haben obsiegt. Die Kritiker des Schleiers sehen sich in der Defensive. Lange auch nichts mehr gehört von dem Spruch, das Händeschütteln gehöre zu Deutschland. Gefragt ist das Nichthändeschütteln.

In Zeiten wie diesen einen Parteitag herkömmlicher Art abhalten zu wollen, käme dem Aufruf zu einem massenhaften Verstoß gegen die neuen Gebote gleich. Parteitage sind öffentliche Versammlungen, die – jedenfalls in Deutschland – vom Händeschütteln geprägt sind und vom vertraulichen Beieinanderstehen. Mit vermeintlich offenem Visier (auch so ein Wort, das bald zu den aussterbenden Begriffen gehören könnte) streiten oder insgeheim Absprachen treffen – sind Kennzeichen solcher Veranstaltungen. Demokratisch organisierte Politik aber entsteht aus Nähe, nicht in Distanz. Reihenweise werden im Großen („Jupiter“) wie im Kleinen („Ochse“) Parteitage und Vereinsversammlungen verschoben, abgesagt, digitalisiert. Doch wie bei Wahlen eine Auswahl treffen, wenn die Auszuwählenden bloß „zugeschaltet“ sind? Was ebenfalls für „Jupiter“ und die „Ochsen“ gilt und für deren Versammlungen. Stabiles WLAN als Kriterium? Zentralisierung von Macht und Meinungsbildung via Zoom? Seltsam gedämpft ist die Atmosphäre in den Räumlichkeiten des Bundestages: Mund-Nasen-Masken statt Händeschütteln. „Unser traditioneller Empfang“ müsse leider ausfallen, wurde uns jetzt geschrieben. „Kurz nach der Bundestagswahl wird er wieder stattfinden, versprochen.“ Schauer mal.

Tendenzwende 2.0

Wie es nach der Bundestagswahl 2021 zu einem Linksbündnis kommen könnte | Von Oskar Niedermayer

Trotz der grassierenden Corona-Pandemie kann es sinnvoll sein, sich über die politische Zukunft nach der in den nächsten Monaten hoffentlich gelingenden Eindämmung des Virus Gedanken zu machen. Die spannendste Frage in dieser Hinsicht ist, von wem wir nach der Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres wohl regiert werden.

Die Union ohne Angela Merkel wird bei der Wahl Einbußen hinnehmen müssen, und der anlässlich der Verschiebung des CDU-Parteitags offen ausgebrochene Streit macht die Sache nicht einfacher. Aber den Vorsprung von momentan 15 bis 18 Prozentpunkten vor den Grünen wird sie wohl nicht gänzlich verlieren. Sollten die Grünen auf Platz zwei vor der SPD landen und die beiden zusammen mit der Linkspartei eine Mandatsmehrheit bekommen, werden die drei Parteien aller Wahrscheinlichkeit eine Koalition bilden.

Die Grünen definieren sich zwar als nach beiden Seiten anschlussfähige Bündnispartei, sind aber programmatisch eindeutig links verortet und haben ihren Führungsanspruch so klar formuliert, dass sie sich die Kanzlerschaft nicht entgehen lassen werden wollen.

Die SPD hat schon mit dem Parteitagbeschluss von 2013 die Voraussetzung für eine

Koalition mit der Linkspartei geschaffen, die beiden SPD-Vorsitzenden wollen ein „progressives Bündnis“, auch als Nummer zwei, und Olaf Scholz hat sich in den vergangenen Monaten mit einem inhaltlichen Schwenk nach links – die Stichworte sind Abkehr von der Schwarzen Null, Forderung nach einer Vermögenssteuer und Zustimmung zur gemeinsamen Schuldenaufnahme in der EU – dem linken Flügel seiner Partei so weit angenähert, dass eine Linkskoalition an ihm letztlich nicht scheitern wird. Das gilt auch, wenn man annimmt, dass seine eigenen Präferenzen wohl eher bei Rot-Grün oder einer Ampel liegen. Ersteres ist schon rein rechnerisch äußerst unwahrscheinlich, und eine Ampel würde zudem inhaltlich wohl an Teilen der eigenen Partei und den Grünen scheitern. Selbst wenn es – wie kürzlich in Berlin – auch auf Bundesebene eine Diskussion um die wahlkampfstrategische Abgrenzung von den beiden anderen Parteien geben sollte, bleibt somit die Tatsache, dass eine Linkskoalition für die SPD die einzig halbwegs realistische Machtoption darstellt, da eine erneute Große Koalition in der Partei nicht vermittelbar ist.

Bei der Linkspartei ist trotz der Verschiebung des Parteitags klar, dass Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler die künftigen Bundesvorsitzenden werden

sollen. Hennig-Wellsow steht klar für eine Regierungsbeteiligung. Wissler ist zwar auch nach ihrem Austritt aus der vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestufteten Parteigruppierung „Marx 21“ von ihrem Ziel der Überwindung des Kapitalismus nicht abgerückt, ist aber schon seit mehr als zehn Jahren Teil des parlamentarischen Systems, das es ja eigentlich zu bekämpfen gilt, und hat in Hessen schon zweimal über Regierungsbündnisse verhandelt. An den Personen wird eine Regierungsbeteiligung somit nicht scheitern.

Inhaltlich sind sich die drei Parteien in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen so nahe, dass Kompromisse gefunden werden können. Der einzige Stolperstein sind die außen- und sicherheitspolitischen Positionen der Linkspartei. Vom



PROF. DR. OSKAR NIEDERMAYER
lehrte bis 2017 am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft und war Leiter des Otto-Stammer-Zentrums an der FU Berlin. Er ist einer der führenden Experten in Deutschland zur Parteien- und Wahlforschung.

sofortigen Austritt aus der Nato ist man allerdings schon abgerückt, und in Bezug auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr wird an Kompromissformeln gearbeitet.

Sollte allerdings die SPD zweitstärkste Partei werden, würden sich dort zwar die Anreize für eine Linkskoalition durch die Aussicht auf Olaf Scholz als Kanzler noch verstärken. Die Grünen würden jedoch vor der Frage stehen, ob sie nicht doch der von einigen Führungsleuten präferierten Koalition mit der Union den Vorzug geben sollten, da sie sich dort inhaltlich besser als Korrektiv profilieren und mehr Kabinettsposten erwarten können. Um die Kanzlerschaft zu behalten, wäre die Union – nicht nur unter einem Parteivorsitzenden Armin Laschet – in diesem Fall wohl auch zu weitreichenden Zugeständnissen bereit. Nicht vergessen werden sollte jedoch, dass die grüne Basis, die einer Koalition zustimmen muss, im Fall einer rechnerischen linken Mehrheit darauf dringen wird, diese auch politisch zu realisieren.

Bleibt die Frage, ob es eine solche rechnerische Mehrheit geben wird. Dafür spricht, dass die drei Parteien im gesamten Jahr vor der Coronakrise immer wieder rechnerisch in den Mehrheitsbereich kamen und das Wahlverhalten so flexibel geworden ist, dass die momentan fehlenden Prozent-

punkte wieder erreicht werden können. Denn im Wahlkampf um die Bewältigung der ökonomischen Coronafolgen könnte nicht nur die Wirtschaftskompetenz der Union, sondern mit der Frage nach der fairen Verteilung der Lasten auch wieder der traditionelle Markenkern der SPD – die soziale Gerechtigkeit – im Mittelpunkt stehen. Auch die Frage des Klimawandels könnte sich wieder stärker in den Vordergrund schieben. Dagegen spricht, dass bisher weder Scholz selbst noch seine Partei von seiner Nominierung als Kanzlerkandidat profitiert haben und es für den Finanzminister nicht einfach werden wird, die für ein Erstarren der SPD notwendigen Mitte-Wähler mit einem linken Programm anzusprechen. Zudem werden es die Grünen schwer haben, ihre komfortable, unterschiedliche Wählergruppen ansprechende Sowohl-als-auch-Position personell, inhaltlich und koalitionsstrategisch durchzuhalten. Keine Frage, es wird wohl bis zur Wahl spannend bleiben.

DER HAUPTSTADTBRIEF
Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach
Jetzt bestellen auf:
www.derhauptstadtbrief.de/newsletter